

Zeitschrift:	Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse
Herausgeber:	Verband Schweizerischer Privatschulen
Band:	58 (1985)
Heft:	[9]
Artikel:	Die Aktion Humane Schule
Autor:	Paulig, Peter
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-850431

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sen anpassen können. Die Kritik an der äusseren Schulreform der letzten Jahrzehnte, die keine bessere Schulumwelt geschaffen hat, ist sicher berechtigt. Es ist zu hoffen, dass wir in der Schweiz die Lehren aus diesen Erfahrungen ziehen, und nicht das Heil für die Schule im Organisatorischen suchen.



Die Aktion Humane Schule

von Prof. Dr. Peter Paulig, Schernfeld, BRD

Die Aktion Humane Schule ist eine Bürgerinitiative, die 1974 in Baden-Württemberg gegründet wurde. Auf Bundesebene arbeitet der aus neun Mitgliedern bestehende Bundesvorstand der Aktion «Humane Schule».

Auf Landesebene arbeiten in Baden-Württemberg und Bayern Landesverbände; in Berlin, Hamburg, Schleswig-Holstein und dem Saarland steht (Stand April) die Gründung von weiteren Landesverbänden bevor. In etwa 60 Orten des Bundesgebietes existieren Ortsverbände, die z.T. als eingetragene Vereine mit dem jeweiligen Landesverband lose kooperieren.

Schwerpunkte der Arbeit

Die Arbeit konzentriert sich insbesondere auf die Kooperation mit Eltern, Lehrern und Schülern, die sich zu Arbeitsgemeinschaften auf lokaler Ebene zusammengeschlossen haben, um spezielle «ortsgebundene» Schulprobleme zu lösen, aber auch den «Meinungsaustausch mit Gleichgesinnten» zu pflegen.

Die angestrebte Zusammenarbeit mit Lehrer- und Elternverbänden hat sich gut entwickelt. Insbesondere mit dem Deutschen Kinderschutzbund gibt es eine weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich bestimmter Forderungen. Oft werden auch gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt.

Im Frühjahr 1984 wurde ein «Aufruf zur Verwirklichung der Humanen Schule» mit 10 Forderungen veröffentlicht. Dieser Aufruf, der zugleich die Schwerpunkte der Arbeit enthält, wurde von namhaften Erziehungswissenschaftlern, Kinderärzten, Psychologen usw. mitunterzeichnet. Auch Verbände haben sich mit den Forderungen identifiziert. Mit dieser Aktion ist es zum ersten Mal gelungen, Einzelpersonen und bundesweit arbeitende Lehrer- und Elternverbände für das gemeinsame Anliegen zu gewinnen.

Bei den vielfältigen Bemühungen auf lokaler und regionaler Ebene der «Aktion» ergeben sich gelegentlich Schwierigkeiten, weil die Bezeichnung «Humane Schule»

immer! – übersehen, dass der Name Aktion Humane Schule keinesfalls verallgemeinernd unterstellen will, die gegenwärtige Schule sei inhuman. Es gibt viele engagierte Lehrerinnen und Lehrer, deren pädagogisches Bemühen sich auch an den Rechten und Bedürfnissen der Heranwachsenden orientiert und daher in einem umfassenden Sinne Ausdruck humanen Handelns ist. Aber nach Auffassung der für die Aktion Humane Schule Verantwortlichen muss auch eine gute Schule dem Ideal einer humanen Schule immer mehr angenähert werden. Jene Schulen jedoch, die wegen unpädagogischer Einflüsse für zu viele Kinder zur Last werden, in denen es kaum noch Freude bereitet, miteinander zu lernen, müssen unabdingbar an pädagogischen Grundsätzen orientiert werden.

Massgebend für die Arbeit sind letztlich folgende Überzeugungen:

1. Das Kind hat das Recht, ein Kind zu sein.

Das Lebensalter der Kindheit ist nicht nur Vorstufe des Erwachsenseins: Kleinkinder sind nicht nur Vorschüler. Schüler nicht nur Vor-Erwachsene. Kindheit hat einen eigentümlichen und eigenartigen Sinn. Dieser Eigen-Sinn der Kindheit muss Ausgangs- und Mittelpunkt aller Überlegungen über Erziehung und Unterricht sein.

2. Das Kind fühlt, denkt, urteilt und handelt anders als Erwachsene. Es handelt kindgemäß, denn es hat andere Wünsche, Ziele und Hoffnungen als Erwachsene. Dieses Anders-Sein des Kindes muss der Erwachsene verstehen und akzeptieren.

3. Das Kind hat bestimmte Bedürfnisse und einen eigenen Willen.

Diese Lebensbedürfnis und den persönlichen Willen des Kindes hat der Erwachsene zu achten. Nur wenn diese ursprünglichen Lebensbedürfnisse befriedigt werden und der Wille nicht gebrochen wird, kann sich das Kind gesund entwickeln.

4. Das Kind entwickelt sich geistig, seelisch, moralisch, sozial und körperlich im Kontakt mit der Wirklichkeit. Menschen, Dinge und Institutionen gehören zu dieser Wirklichkeit, in der Kinder bestimmte Erfahrungen machen müssen. Kinder haben ein Recht auf Lebensumstände, in denen sie ihre Entwicklungsbedürfnisse befriedigen und ihre Persönlichkeit frei entfalten können. Das muss auch für die Schule Gültigkeit haben.

5. Elternhaus und Schule sind die wichtigsten Lebensräume des Kindes.

Das Kind muss insbesondere in diesen Lebensräumen Erfahrungen machen können, aus denen sich jenes bestimmte Wissen, Können und Wollen entwickelt, das für das Individuum wie für die Gesellschaft grundlegend ist.

Wenn man diese Leitideen, die zum grossen Teil bereits von Reformpädagogen formuliert wurden, als Massstab für die Beurteilung der «Schule heute» heranzieht, so zeigen sich gravierende Defizite. Und aus diesem Grunde wird ein Umdenken gefordert, bei dem den folgenden Überlegungen die entscheidende Bedeutung zukommt: Die Schule bestimmt und prägt zunehmend stärker das Leben von Kindern und Jugendlichen. Den grössten Teil ihrer Zeit verbringen die Schüler im Unterricht und mit schulischen Aufgaben. Deshalb wird ihre Entwicklung wesentlich davon mitgeprägt, in welcher personalen und sachlichen Schulumwelt sie leben.

Die äussere Schulreform der vergangenen Jahre, man sollte besser von der Rotation der Konzepte sprechen, hat keine bessere Schulumwelt geschaffen. Man glaubte im Organisatorischen das Heil zu finden und so ist die Schule nicht zu einem Lebensraum für junge Menschen umgestaltet worden, in dem das Lernen mehr Freude bereitet als in der Vergangenheit. Im Gegenteil! Das heisst: Weder durch den Schulbau, 131

noch durch die bessere Ausstattung der Schulen oder die Zusammenlegung von Schulen in «leistungsfähigen Systemen» ist eine Schule geschaffen worden, in der sich Kinder und Jugendliche körperlich, seelisch, geistig und sozial gesund entwickeln können; eine Schule, auf die sich Kinder freuen, in der sie selbstständig und bereitwillig aus eigenem Antrieb lernen und sich wohlfühlen können – von einer solchen Schule sind wir noch weit entfernt. Die innere Schulreform steht noch aus. Sie allein wäre *not-wendig*. Das heisst:

Die sogenannten Schulreformen haben vorrangig oder oft ausschliesslich das Organisatorische in den Mittelpunkt gestellt. – Die innere Schulreform, bei der vom Kinde aus über das nachgedacht wird, was um der jungen Menschen willen in unserer Zeit pädagogisch sinnvoll zu sein scheint, ist trotz der Ansätze der Reformpädagogen in der Bundesrepublik allgemein bis heute nicht einmal in Ansätzen erkennbar. Das bedeutet, dass die Orientierung an pädagogischen Grundwerten weitgehend fehlt. Derartige unverzichtbare Grundwerte sind:

- Mitmenschliche Beziehungen als personaler Bezug, anstatt von Distanz, Namenosigkeit und Lernen durch zu wenig Kontakt zwischen Lehrern, Kindern, Eltern sowie durch Erziehung zur Rivalität, anstatt zu persönlicher Nähe im Miteinander.
- Angstfreies Lernen, anstatt fortlaufend zu ängstigen durch Überforderung, Notendruck, Entmutigung, Kränkung und demütigendes Sitzenbleiben.
- Die Ganzheit der Person, anstatt die Schüler einseitig und intellektuell auszubilden und das Spiel, die Arbeit mit der Hand und schöpferisches Denken und Handeln zu vernachlässigen sowie die Gefühlsseite und soziale Empfindsamkeit der Schüler nicht zu beachten.
- Die person-angemessene Leistung, an Stelle von Konkurrenzdenken durch ein unpädagogisches und unverantwortliches Leistungsdenken und absurdes Zensurensystem, das in entwicklungshemmender Weise alle Schüler gleichschaltet!
- Die Mitsprache der Schüler und Eltern, anstatt Kinder und Jugendliche zum Schweigen und Sich-Anpassen zu nötigen und Eltern von der Mitbestimmung und damit auch von der Mitverantwortung auszuschliessen.
- Sinn-erfülltes Leben und Lernen, an Stelle letztlich sinnloser Lernstoffüberfütterung und der Missachtung altersspezifischer Rechte, Interessen und Lebensbedürfnisse.
- Unterrichtsmethode als Hinwendung zum Schüler, an Stelle spontaneitätshemmender Lehrmethoden, die den Lernstoff für wichtiger halten als den lernenden Menschen und damit individuelle Neigungen und Begabungen in Schemata pressen.
- Verstehen und Helfen, anstatt schwierige und in manchen Unterrichtsfächern weniger leistungsfähige Schüler herabzusetzen, zu verurteilen und schliesslich auf Dauer abzusondern.
- Erziehung und Selbsterziehung der Erzieher, an Stelle einseitigen Bemühens um organisatorische Veränderungen in der Schule und einer an fachwissenschaftlichen Inhalten und nicht an den Rechten, Bedürfnissen, Wünschen und Hoffnungen der Kinder und Jugendlichen orientierten Lehrerausbildung.

Bei der Diskussion der sogenannten pädagogischen Grundwerte zeigt sich immer wieder, dass sich folgende Argumentation geradezu lähmend auf Innovationen auswirkt: Die Schule ist so, wie sie ist, weil die Gesellschaft so ist. In der Tat beruht die Geringschätzung pädagogischer Grundwerte in der Schule auch darauf, dass sich

- Nähe und Sicherheit
- Geborgenheit, Glaube und Vertrauen
- Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein
- Schutz und Trost
- Freundschaft und Partnerschaft
- Subsidiarität und Solidarität.

Aber wenn das so ist, wenn Kulturkritiker wie z. B. Konrad Lorenz all das beklagen, dann muss doch irgendwo und irgendwann ein neuer Anfang gemacht werden. Selbstverständlich ist die Schule ein untaugliches Mittel für die «Gesellschaftsveränderung», wie wir nicht erst seit den 60er Jahren wissen. Darum geht es auch gar nicht. Es geht vielmehr darum, dass durch ein personenorientiertes pädagogisches Handeln mehr Menschlichkeit in die Schule kommt. Buchstäblich *not-wendig* ist eine innere Reform für die in der Schule und mit der Schule lebenden Menschen: die Kinder und Jugendlichen, die Lehrer und Eltern. Ein Teil dieser Reform wäre schon mit einer veränderten Einstellung aller Verantwortlichen zu erreichen; denn keine Verordnung hindert die Beteiligten daran, in ihrem Wirkungsbereich miteinander menschlicher umzugehen und sich gegen inhumane Zustände zu wehren. – Lehrer, Eltern und Schüler können mit der Humanisierung sofort beginnen, ohne auf äussere Veränderungen warten zu müssen, bestehende Ordnungen erschweren dies oft.

Für eine dem heranwachsenden jungen Menschen gemäss Schule sind aber auch Vorbedingungen erforderlich, die nur durch gesellschaftliche und politische Einsatzbereitschaft vieler Bürger zu erreichen sind: dabei geht es vor allem darum, bildungs-politische Aktivitäten an den Rechten und Grundbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen auszurichten, Schulgesetze und Verordnungen so zu ändern, dass sie den Schülern dienen; Lehrpläne zu erarbeiten, die den Entwicklungsprozess von Kindern und Jugendlichen fördern.

Was bedeutet es nun konkret, wenn die Forderung erhoben wird, dass pädagogische Grundwerte das Handeln in der Schule massgebend bestimmen müssen? Dazu zwei Beispiele, die verdeutlichen, welche Vorschläge bzw. Forderungen die Aktion Humane Schule zur Diskussion gestellt hat:

1. Die mitmenschliche Beziehung

Grundannahmen: Kinder und Jugendliche können besser lernen, wenn sie sich in der Beziehung zu Eltern, Lehrern, Mitschülern und anderen Bezugspersonen als Menschen angenommen, verstanden und daher in besonderer Weise geborgen fühlen. Gestörte zwischenmenschliche Beziehungen stören das Lernen. Lernbehindernd und krankmachend kann der Beziehungsmangel vor allem durch einen nur am Lernstoff und am Leistungsdenken orientierten unpersönlichen Unterricht werden, in dem der Schüler mehr Nummer als Mensch ist, gekennzeichnet durch Rivalität und Leistungsdruck, durch unüberschaubare Schulen, durch ein rigides praktiziertes Fachlehrerprinzip, bei dem die Schüler zu einer Vielzahl von Lehrern zu wenig Kontakt aufnehmen können.

Die Schule hat deshalb folgende pädagogische Aufgaben:

1. Der Lehrer muss mit den Schülern persönlichen Kontakt aufnehmen können und wollen

Zu diesen Begegnungen kann es in vielen Situationen kommen: Durch Kurzkontakte vor Schulbeginn, während und ausserhalb des Unterrichts, durch Einzel-

gespräche als Lern- und Lebenshilfe. Eine eigene Schülersprechstunde ermöglicht es den Kindern und Jugendlichen, regelmässig und ungestört mit der Lehrerin oder dem Lehrer Kontakt aufzunehmen und über das sprechen zu können, was sie bewegt, froh und traurig macht – in Schule und Elternhaus.

2. Der Klassenlehrer als «verfügbare», verständnisvolle Bezugs- und Vertrauensperson

In der Grundschule muss der Klassenlehrer beibehalten werden. In der Hauptschule und in den weiterführenden Schulen soll er Fächergruppenlehrer sein, der möglichst viele Unterrichtsstunden in «seiner Klasse» unterrichtet.

3. Der persönliche Kontakt mit dem Fachlehrer

Auch der Fachlehrer soll möglichst oft individuellen Kontakt zu den Schülern aufnehmen; sonst verkümmert seine Verantwortlichkeit für die Person des Schülers. Gerade wenn er nur wenige Stunden in der Klasse ist, müssen alle beziehungsstiftenden Möglichkeiten genutzt werden.

4. Kontakt zwischen den Schülern

Sie entstehen vor allem, indem die Schüler füreinander verantwortlich sein und miteinander Verantwortung übernehmen können. Das ist möglich durch Partner-, Kleingruppen- und Gruppenarbeit, durch die Erziehung zum Gespräch als einem Miteinander-Sprechen und indem die Kinder zu jeder Zeit einander helfen dürfen. Gemeinsame Vorhaben (Projektunterricht!) festigen die Kontakte.

5. Eltern-Lehrer-Schüler-Kontakte

Derartige Kontakte ermöglichen es, sich kennen und verstehen zu lernen. Eltern, Schüler und Lehrer sprechen in der Elternsprechstunde gemeinsam miteinander. Das trägt dazu bei, dass alle Beteiligten die jeweiligen Lebenssituationen kennenlernen und damit das gegenseitige Verständnis zunimmt. Elternabende sollen vor allem Gesprächsabende sein, in denen die Beteiligten «an einem Tisch» sitzen, aber auch in Gruppen miteinander arbeiten. Schulfeste und auch Veranstaltungen ausserhalb der Schule fördern die Kontakte zusätzlich.

6. Überschaubare Schulen und kleine Klassen

Durch verbesserte äussere Bedingungen wird es leichter, miteinander in Beziehung zu treten. Über grosse Schulen erschweren es den Kindern, sich in der Schule zurechtzufinden und wohlzufühlen. Sie sollten so gegliedert werden, dass es möglich wird, persönlich zusammenzuwirken. Als Richtzahl für die Klassenstärke sollten 25 Schüler gelten; Klassen mit 31 und mehr Schülern müssen geteilt werden.

7. Lehrer sollen beziehungsbereit und beziehungsfähige Menschen sein

Dazu müssen sie in der Ausbildung ihre Beziehungsfähigkeit überprüfen und entwickeln können. Von Anfang des Studiums an ist deshalb der ständige Kontakt mit Schülern unabdingbar. Die einseitige fachwissenschaftliche Ausbildung muss abgebaut werden zugunsten der Pädagogik, vor allem der Schulpädagogik, der Unterrichtslehre, der Psychologie sowie der Anthropologie und der Soziologie.

2. Angstfreies Lernen

Grundannahmen: Zu viele Kinder sind dem nicht gewachsen, was die Schule von ihnen fordert. Wenn der Schüler die körperlichen, geistigen, seelischen und sozialen Ansprüche von Eltern und Schule nicht mehr erfüllen kann, fühlt er sich bedroht, die

körperlich und psychisch erkranken können und sich verstärkt anpassen. Angst in der Schule weist auf psychisch und sozial schädigende Einflüsse des Schullebens und der Unterrichtspraxis hin. Sie entsteht vor allem durch fehlende menschliche Kontakte und durch Leistungsdruck, der von der Schule und vom Elternhaus ausgehen kann. Ursache von Angst kann auch das als Bedrohung empfundene ständige Prüfen und Zensieren sein sowie das leistungsbezogene Belohnen und Strafen in der Familie.

Die Folgen der schulischen Angst sind bekannt:

- Angst behindert das Denken, weil sie den Schüler in einen Notzustand versetzt, der ruhiges Überlegen blockiert.
- Angst macht krank, weil sich die übermässige Anspannung auch im körperlichen ausdrückt, zum Beispiel in Bauchschmerzen, Durchfall, Essunlust, Magenschleimhautentzündungen, unruhigem Schlaf.
- Angst macht unkonzentriert, weil der Schüler die Bedrohung abwehren muss und sich dadurch nicht ungestört dem Lernvorgang zuwenden kann.
- Angst macht anpassungsbereit, weil der Schüler alles tut, um der Bedrohung zu entgehen.

In einem dem jungen Menschen gemässen Unterricht muss sich alles daran orientieren, die Angst der Schüler so weit wie möglich herabzusetzen. Aus dieser Zielsetzung erwachsen folgende pädagogische Aufgaben:

1. Die Frage nach der Gefühlslage der Schüler

Diese Frage muss so wichtig sein wie die nach dem Wissensstoff, weil Menschen besser lernen können, wenn sie sich emotional sicher fühlen. Lehrer wie Eltern sollten fortlaufend beobachten, wie die Kinder den Unterricht erleben, wie gespannt oder entspannt, mit wieviel Freude oder Angst sie in die Schule gehen.

2. Pädagogischer Takt ist eine Voraussetzung für angstfreies Lernen

Er bezeichnet die Fähigkeit des Erziehers, sich in Kinder einzufühlen und äussert sich vor allem darin, dass sich der Lehrer uneingeschränkt wohlwollend und rücksichtsvoll dem Schüler gegenüber verhält, dass er vermeidet, diesen durch Worte, Handlungen, Mimik und Gestik zu verletzen, blosszustellen oder ihn zu beschämen. Pädagogischer Takt ist ein Zeichen dafür, dass die Rechte des Heranwachsenden und seine Würde geachtet werden.

3. Vermindern der Schülerangst durch Ermutigung

Lehrer und Eltern ermutigen durch das anerkennende Wort, indem sie die positiven Seiten, bestimmte Bemühungen und Anregungen des Schülers wahrnehmen und hervorheben, ermunternde Bemerkungen machen und die Kinder ihre Wertschätzung spüren lassen. Dies alles stärkt das Selbstvertrauen und das Selbstwertgefühl und damit kann der Schüler auch Angstsituationen besser bewältigen.

4. Das Ermöglichen von Lernerfolg

Vom Schüler dürfen nur solche Leistungen gefordert werden, die er auch erfüllen kann. Dazu bedarf es einer Abstufung der Leistungsforderung (Differenzierung), die dem Kind eine seiner Person angemessene Leistung ermöglicht. – Eine humane Schule zeigt sich darin, dass sie nicht von allen Kindern das gleiche, sondern von jedem einzelnen Schüler das ihm Mögliche verlangt.

5. Schaffen angstfreier Lernsituationen

Das bedeutet, dass der Lernvorgang nicht ständig mit Abfragen, Prüfen oder Zensieren verknüpft wird. Der Schüler muss bei neuen Lernvollzügen Fehler machen

dürfen, ohne sofort be- oder gar verurteilt zu werden. Wenn alle Schülerreaktionen fortwährend beurteilt werden, behindert das die Kinder, sich spontan zu entfalten.

6. Vermindern der Angst durch entspannte Prüfungssituationen

Wo Leistungsfeststellungen erforderlich sind, können diese durch schulpädagogische Massnahmen erleichtert werden:

- Genaue Mitteilungen über die Lerninhalte der anstehenden Prüfung.
- Mitwirkenlassen der Schüler beim Festlegen der Lern- oder Prüfungsinhalte.
- Ausreichende Zeit zur Prüfungsvorbereitung.
- Schülern die Gelegenheit geben, während der Vorbereitungszeit auch fragen zu können.
- Vorversuche, durch die sich der Schüler in das Wie und Was der Leistungsprüfung einüben kann.
- Einführung der Schüler in die Lernmethode der Prüfungsvorbereitung.
- Schaffen einer ruhigen und entspannten Situation während der Prüfung.
- Offene Aufgabenstellung, bei der die Schüler zeigen können, was sie gelernt haben und nicht auf enge Einzelfragen festgelegt werden.
- Rückgabe der Prüfungsarbeiten nach wenigen Tagen, damit der Schüler möglichst eine Sofortbestätigung erfährt und noch mit dem Prüfungsinhalt vertraut ist.
- Gemeinsame Nachüberlegungen durch Lehrer und Schüler über das Ergebnis der Leistungskontrolle.
- Möglichkeit, missglückte Arbeiten zu wiederholen für Schüler, die ihr Ergebnis verbessern möchten.

7. Pädagogische Übertrittsverfahren

Die Übertrittsverfahren in weiterführende Schulen müssen so geregelt werden, dass die Grund- wie die Hauptschulen vom Auslesedruck befreit, mindestens aber entlastet werden. Die Grundschule darf nicht ausschliesslich die Vorbereitung auf das Gymnasium zum Ziel haben; sie ist nicht Vorschule weiterführender Schulen. Das Gymnasium muss sich zur Aufgabe machen, in seinen Anforderungen vom Entwicklungsstand des Grundschülers auszugehen. – Der Lehrer entwirft aufgrund gezielter und umfassender Beobachtungen ein differenziertes Schulleistungsbild des Schülers, das dazu dient, Schüler und Eltern im Hinblick auf die weitere Schullaufbahn zu beraten.

8. Schulangst soll Thema des Unterrichts sein

Zum Beispiel beim Aufsatzschreiben, in Kreisgesprächen, im Literaturunterricht, in Religion und Erziehungskunde, in Biologie wie Soziallehre: Überall kann der Schüler Einsicht in die Ursachen und verschiedenartigen Erscheinungsformen der Angst bekommen und sich dadurch selber besser damit auseinandersetzen.

9. Bearbeitung der Lehrer- und Elternängste

Die Angst der Eltern vor den Lehrern und der Lehrer vor den Eltern kann vor allem durch mehr und intensivere Kontakte abgebaut werden: Durch Gespräche, durch Eltern-Lehrer-Gruppen, durch gemeinsame Veranstaltungen über Fragen des Unterrichts und der Erziehung. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass zur Ausbildung des Lehrers die Gesprächsführung zählt.

Von Prof. Singer, München, und dem Verfasser dieses Beitrages wurden 1982 in 2. Auflage die «Leitziele für eine Humane Schule» vorgelegt. In den «Leitzielen», die über die unten angegebene Anschrift bezogen werden können (Preis DM 2.–), wer-

1. Die Ganzheit der Person
 2. Die person-angemessene Leistung durch ein pädagogisches Leistungsverständnis
 3. Beurteilung des persönlichen Lernfortschritts an Stelle von Zensuren
 4. Unterrichtsmethode als Hinwendung zum Schüler
 5. Mitsprache der Schüler und Eltern
 6. Verstehen und Helfen
 7. Erziehung der Erzieher
 8. Die Rechte des Kindes
- Aktion Humane Schule Bayern, Dr. Marianne Roemmich, Leonrodstrasse 19,
8000 München 19

Aufruf zur Verwirklichung der Humanen Schule

Die Aktion Humane Schule spricht in ihrem Aufruf alle Eltern, Lehrer, Geistlichen, Schulverwaltungsbeamten und Schulpolitiker an, gemeinsam für die Durchsetzung folgender 10 Forderungen einzutreten.

1. Kinder wollen lernen! Daher ist zu fordern: Wir brauchen nicht ständig neue Massnahmen, sondern neue Massstäbe für die Schule! Wesentlicher Massstab für die Festlegung der Aufgaben der Schule müssen die Entwicklungsbedürfnisse und Erwartungen junger Menschen sein. Gerade für die Schule gilt: Kinder sind keine Fässer, die gefüllt, sondern Feuer, die entzündet werden wollen! (Rabelais)
2. Die Lehrer brauchen für Erziehung und Unterricht pädagogische Freiheit. Die traditionelle Gängelung der Lehrer kommt einer partiellen Entmündigung gleich. Sie wird verursacht durch die gefährliche Neigung, alles und alle zu reglementieren. Diese Gängelung lässt pädagogische Eigenverantwortung nur im Rahmen des Festgelegten zu. Dadurch wird die Bereitschaft der Lehrer zu verantwortungsbewusstem Engagement für den einzelnen Schüler und die Schule überhaupt von vielfältigen Zwängen bestimmt, eingeengt oder zerstört. Berufsverdrossenheit und Resignation sind die Folgen. Wie sollen entmutigte und gedemütigte Lehrer unsere Kinder zu verantwortungsbewussten, leistungsbereiten, engagierten, hilfsbereiten und frohen Menschen erziehen?
3. Die Lehrer, sie sind die professionellen Erzieher, müssen vor allem in Pädagogik und Entwicklungspsychologie praxisorientierter ausgebildet werden. Auch in der Lehrerfortbildung ist den erziehungswissenschaftlichen Fächern mehr Gewicht als bisher zu geben.
Die Eltern, sie sind die natürlichen Erzieher, müssen mehr *echte Mitwirkungsrechte* in der Schule erhalten. Sie müssen die Möglichkeit erhalten und nutzen, als Anwälte ihrer Kinder an der Gestaltung der Schule mitzuwirken.
4. «Eine leistungsorientierte Schule muss gleichzeitig eine schülergerechte Schule sein» (Landbischof Hanselmann). Wir wollen mehr Leistungsbereitschaft bei den jungen Menschen! Wir wollen mehr Orientierung an dem, was vom einzelnen Kind geleistet werden kann! Daher fordern wir eine schülergerechte Schule, in der der einzelne Mensch die Möglichkeit erhält, mit Begeisterung auch das lernen zu dürfen, was ihn besonders interessiert und wofür er vor allem begabt ist.

5. In der Schule geht es nicht zuerst darum, Wissen zu vermitteln sowie Fähigkeiten zu entwickeln und Fertigkeiten zu schulen, denn junge Menschen sind keine programmierbaren Lernmaschinen. Es geht vor allem anderen darum, bei jungen Menschen das Interesse dafür zu wecken, aus eigenem Antrieb selbstständig und ausdauernd etwas lernen zu wollen.
6. In den Regelschulen muss das eingeführt werden, was z. B. in den freien Schulen nach Maria Montessori, Peter Petersen, Rudolf Steiner und Freinet seit Jahrzehnten mit Erfolg praktiziert wird: Lernberichte anstatt der nicht objektiven und völlig unzulänglichen Ziffernzensuren, Freiarbeit und Epochalunterricht, mehr pädagogische Freiheit für den einzelnen Lehrer sowie mehr Entscheidungsbefugnisse für die einzelne Schule und das Kollegium usw.
7. Wir brauchen mehr Modellschulen, die wissenschaftlich begleitet werden. Die positiven Erfahrungen, die man in diesen Schulen macht, müssen von der Regelschule übernommen werden.
8. Schulen dürfen keine Lernfabriken sein! Sie müssen ein Lebensraum für junge Menschen sein, den sie für 9–13 Jahre gern aufsuchen. Daher sind die Klasserräume und Schulen so zu gestalten, dass sich junge Menschen darin wohlfühlen. Eine schülergerechte, ansprechende und reichhaltige Umgebung gibt Geborgenheit und wirkt anregend auf die Lernbereitschaft.
9. Die Zusammenarbeit mit Kinderärzten, Schulpsychologen und Erziehungsberatungsstellen ist mit dem Ziel zu intensivieren, dass den jungen Menschen mit mehr Verständnis für ihre spezifischen Entwicklungsbedürfnisse sowie ihre schulische und ausserschulische Lebenssituation begegnet wird.
10. Wir fordern insbesondere alle Pädagogen, Psychologen, Soziologen und Mediziner der deutschen Universitäten auf, sich mit dem zu befassen, was täglich in unseren Schulen geschieht. Wenn, wie Prof. Bärsch festgestellt hat, Millionen von Kindern an der Schule leiden, so sind gerade diese Wissenschaftler aufgerufen, ihre Studierstuben und Katheder zu verlassen und aus Verantwortungsbewusstsein für die heranwachsende Generation dazu beizutragen, dass Schüler und Eltern nicht weiterhin der Rotation unausgegorener Konzepte ohnmächtig-wehrlos ausgesetzt bleiben. Sie müssen ihr Wissen und Können einbringen und Partei ergreifen für die Kinder in unseren Schulen, wenn weiteres Unheil vermieden werden soll.

Stellungnahmen zum Schulbeginn im Spätsommer

Erklärung der Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren

Die Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren unterstützt die Vorlage des Bundes für einen einheitlichen Schulbeginn im Spätsommer.

Die Festlegung des Schulbeginns ist vorab eine administrative Frage. Eine einheitliche Lösung erleichtert die Abstimmung zwischen der kantonalen Volksschule und dem eidgenössisch geregelten Berufsschulbereich. Sie kommt aber auch jenen

wechseln. Schliesslich betrifft sie auch die Solidarität unter den Kantonen und Sprachregionen. Ein unterschiedlicher Schulbeginn Deutsch–Welsch wäre politisch unklug und würde im besondern auch die zweisprachigen Kantone nicht befriedigen.

Der Vorschlag des Bundes entspricht der Lösung, die das interkantonale Schulkonkordat von 1971 vorgezeichnet hat. Der Konkordatsweg hat in diesem Punkt leider nicht zum Erfolg geführt. Die nun vorgeschlagene Bundeslösung ist geeignet, eine unfruchtbare Kontroverse zu beenden. Den Kantonen und dem schweizerischen Bildungswesen kann damit ermöglicht werden, die Kräfte auf die eigentlichen Aufgaben der Schulkoordination und der Förderung der Unterrichtsqualität zu konzentrieren.

Stellungnahme des Schweizerischen Lehrervereins

Weil die freiwillige Koordination des Schuljahrbeginns innerhalb der Kantone bisher gescheitert ist, hat das Schweizervolk nun über einen neuen Verfassungsartikel abzustimmen, der einen einheitlichen Schuljahrbeginn im Spätsommer festlegt. Zu dieser Abstimmung nimmt der SLV wie folgt Stellung:

1. Die Diskussionen der letzten Jahre haben gezeigt, dass sowohl die Mitglieder des Schweizerischen Lehrervereins wie dessen Kantonalsektionen zum Schuljahrbeginn unterschiedlich Stellung beziehen. Zudem sind mit dem neu vorgelegten Verfassungsartikel auch rein politische Fragen verbunden. Der Schweizerische Lehrerverein kann deshalb zur bevorstehenden eidgenössischen Abstimmung keine Parole herausgeben.
2. Wie das Abstimmungsresultat auch ausfallen mag: Der Schweizerische Lehrerverein ist nach wie vor der Überzeugung, dass für unser Land mit seiner geografischen, sprachlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Vielfalt der kantonale Schulföderalismus mit seiner breit abgestützten Verantwortung die optimale Lösung ist. Sinnvolle Koordinationen sind wie bisher im Rahmen von Konkordatslösungen anzustreben.

Katholische Schulen für einheitlichen Schulbeginn

Am 22. September stimmt das Schweizer Volk über eine schulische Angelegenheit ab, welche seit Jahren Gegenstand von Diskussionen und heftigen Auseinandersetzungen gewesen ist, über den einheitlichen Schulbeginn. Der für die Bundesverfassung vorgeschlagene neue Artikel sieht einen schweizerisch einheitlichen Schuljahrbeginn im Spätsommer, d.h. zwischen Mitte August und Mitte September, vor. Die Konferenz Katholischer Schulen und Erziehungsinstitutionen der Schweiz (KKSE) unterstützt dieses Vorhaben. Sie führt dafür folgende Überlegungen ins Feld:

- Die Festlegung eines *einheitlichen Schulbeginns* greift nicht in die inhaltliche Zielsetzung einer Schule hinein, erleichtert aber die Koordination im Schulwesen allgemein.
- *Internatsschulen*, deren Schüler sehr oft aus einem anderen als aus dem Standortkanton stammen, spüren den gegenwärtig uneinheitlichen Schulbeginn sehr 139

- stark und sind zu *unnötigen administrativen und schulischen Übergangsmassnahmen* zwischen dem Frühjahres- und dem Spätsommerbeginn gezwungen.
- Die KKSE erachtet die Festlegung auf den Spätsommerbeginn nicht als eine ideologische Angelegenheit, sondern als eine *administrativ-praktische Frage* und eine *Frage der politischen Rücksichtnahme*. Die knappe Mehrheit der Kantone kennt bereits den Spätsommerbeginn, unter anderem die gesamte Westschweiz und das Tessin; ein halbes Dutzend Kantone hat die gesetzlichen Grundlagen für die Umstellung erarbeitet.

Die KKSE, deren private Mitgliedschulen von einer Umstellung ebenfalls betroffen sind, empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern eindeutig die Ja-Parole und lädt ihre Mitgliedschulen ein, in ihrem eigenen Umfeld für das Anliegen zu werben.

Information

Enseignement privé vaudois

Une large palette d'activités

Les écoles privées vaudoises accueillent actuellement 5000 élèves externes et 2500 élèves internes. En cela, elles s'adressent plus directement encore à la population du canton qu'à une clientèle de provenance étrangère.

Deux grandes voies s'offrent aux jeunes gens et jeunes filles: celle des examens officiels qui ouvrent les portes de l'Université et celle des préparations professionnelles permettant la pratique d'un métier. La première filière regroupe surtout les candidats à la maturité fédérale, au baccalauréat international, au baccalauréat français, au General Certificate of Education et au High School Graduation. La seconde s'adresse d'abord à de futurs employés de commerce, secrétaires ou secrétaires de direction et informaticiens. Elle englobe aussi tous les cours de langues, de perfectionnement ou de recyclage.

Le nombre des écoles privées, la diversité de leurs programmes et de leur enseignement, la discipline qu'elles observent, constituent sans nul doute des atouts de premier ordre. Pour preuve, un rapide sondage au moment de la rentrée révèle que la plupart des établissements affichent complet, certaines préparations (cours de commerce en particulier) arrivant même à saturation.

La concurrence que se livrent parfois certaines écoles, si elle peut paraître préjudiciable à l'esprit de cohésion de la corporation, se traduit pour l'élève par une recherche constante des méthodes pédagogiques les mieux appropriées. Cette émulation conduit aussi à la mise en place rapide de plans de travail conformes aux exigences nouvelles et, singulièrement, à de nouvelles préparations adaptées aux nécessités du marché du travail. Les leçons d'informatique ou de traitement de texte, introduites dans bon nombre d'établissements, démontrent à l'envi ce souci de répondre à l'évolutions technologique.

«Il est souhaitable que les établissements de formation officiels soient complétés